

STATEMENTS

von Andreas Meyer-Lauber,
Vorsitzender der ARD-GVK

ARD 

GREMIENVORSITZENDENKONFERENZ (GVK)

Fragen und Antworten zum 22. KEF-Bericht aus Sicht des GVK-Vorsitzenden

Die KEF empfiehlt eine Erhöhung des monatlichen Rundfunkbeitrags um 86 Cent. Wie ist das aus Sicht des GVK-Vorsitzenden zu bewerten?

Von der geplanten Beitragserhöhung entfallen nur 47 Cent auf die ARD, dabei ist sie der weitaus größte Rundfunkveranstalter in der Bundesrepublik – das deutet auf den ersten Blick auf gewisse Unwuchten hin, deren Ursache die Aufsichtsgremien nachgehen werden. Die ARD erbringt über die neun Landesrundfunkanstalten schließlich die größte Kulturleistung, die breiteste Berichterstattung aus den Bundesländern und aus den Auslandsstudios und die umfassendste Medienbildung für junge Leute.

Wie kam es aus Ihrer Sicht zu dem Ergebnis?

Möglicherweise wurden wichtige Entwicklungen nicht genügend berücksichtigt. Nach meinem Empfinden werden die besonderen Leistungen der ARD für den Föderalismus nicht angemessen ausgeglichen, der eben mit mehr Koordination und Aufwand verbunden ist. Das Gleiche gilt in Bezug auf den Aufwand für den digitalen Umbau der Sender, der in vollem Gange ist, um insbesondere die jüngere Hälfte der Zuschauerinnen und Zuschauer in ihren favorisierten Medien zu erreichen. Vor allem aber fehlt mir die Risikovorsorge, falls sich in den vier Jahren von 2021 bis 2024 irgendetwas ändert. So sorglos kann heute kein Medienunternehmen mehr planen. Übrigens heißt der KEF-Auftrag auch, dass die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die der öffentlichen Haushalte berücksichtigt werden muss; allein das Bruttoinlandsprodukt ist in den letzten vier Jahren um gut 13 Prozent gestiegen, in den öffentlichen Haushalten sind die Steigerungsraten noch deutlich höher. Das findet sich in den Steigerungen im KEF-Bericht nicht.

Welche Verantwortung haben die Aufsichtsgremien in diesem Zusammenhang?

Meine Sorge ist, dass sich unsere Institutionen angesichts der immer schnelleren Entwicklungen in Technik und Änderungen in der Rechtsprechung nicht schnell genug fortentwickeln. Bislang haben wir uns als Aufsichtsgremien eher nachträglich mit dem KEF-Bericht befasst und die Ergebnisse analysiert. Künftig beabsichtigen wir, bereits den Anmeldeprozess intensiv zu begleiten. Die besondere Schwierigkeit der ARD besteht darin, von der KEF gesamtveranlagt zu werden, als wäre sie ein Konzern, was sie nicht ist.

Wäre ein automatischer Teuerungsausgleich (Indexierung), den die Politik diskutiert hatte, nicht der einfachste Weg?

Über das Finanzierungssystem haben die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten zu entscheiden. Ihre Beratungen in den vergangenen Jahren sind jedoch ohne Ergebnis geblieben. Der seinerzeit viel diskutierte automatische Teuerungsausgleich würde jedenfalls zu kurz greifen: verfassungsrechtliche Vorgabe ist eine bedarfsgerechte Finanzierung. Sie zu ermitteln ist komplex, es sind viel mehr Aspekte zu berücksichtigen als lediglich die Teuerungsrate. Das kann nur

eine unabhängige und fachlich versierte Kommission wie die KEF im Austausch mit allen Beteiligten.

Was bedeutet das für die Beitragszahler?

Dass im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung eine Erhöhung des Beitrags legitim ist – solange der Bedarf nachweisbar besteht und die Leistung stimmt. Gehälter und Einkommen der Beitragszahler haben sich ebenfalls positiv entwickelt und die ARD muss ja auch ihr Personal nach Tarif bezahlen. Und wer finanziell schlecht gestellt ist, kann sich vom Beitrag befreien lassen, weil wir als Öffentlich-Rechtliche eben sozialstaatlich agieren.

Weshalb bringen Sie die Sender nicht noch stärker auf Sparkurs?

Aufsichtsgremien, KEF, Rechnungshöfe: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist die wohl am stärksten kontrollierte gesellschaftliche Einrichtung. Die ARD spart viel und es wäre gut, wenn der sparsame Einsatz von Personal und Sachmitteln künftig stärker belohnt würde. Einsparungen sollten ins Programm gesteckt werden, um die Demokratieleistung und die Unabhängigkeit der ARD zu sichern: gegenüber der Politik, der Wirtschaft und Fake News. Wir dürfen hier nicht der Spur der Populisten folgen, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk kaputtsparen wollen. Die Sender brauchen vielmehr Flexibilität im Finanzierungssystem, und sie brauchen Vorsorge für mögliche Risiken und Rücklagen für mediale Entwicklungen. Vor vier Jahren noch spielten zum Beispiel Podcasts keine Rolle, heute geht es nicht mehr ohne. Man muss vor allem auch für aufwändige Recherche und kritische Dokumentation Spielräume erhalten. Das kommt der Qualität zugute.

Die Qualität kommt immer dann ins Spiel, wenn Geld gefordert wird..

Wir wollen Qualität messbar und Leistung nachvollziehbar machen. Die Gremiovorsitzenden verlangen von der ARD, ihre Programmleitlinien neu aufzustellen. Diese sind staatsvertraglich vorgesehen, als Selbstverpflichtung für ein gutes Programm. Nach Jahren der Fortschreibung müssen die Verantwortlichen diese Leitlinien jetzt endlich mit neuem Leben füllen. Die GVK fordert Qualitätsprofile und programmliche Ziele, denen die Angebote der ARD zu genügen haben. Und diese müssen so formuliert sein, dass man alle zwei Jahre erkennen kann, wie gut die Qualitätsversprechen erfüllt sind.

München, den 20.2.2020

Pressekontakt über:

Geschäftsstelle der
ARD-Gremiovorsitzendenkonferenz
Dr. Sebastian Hügel
Tel: +49 (0)89 5900 20111
geschaefsstelle@ard-gvk.de
www.ard.de/gvk

Die Gremiovorsitzendenkonferenz der ARD (GVK) setzt sich zusammen aus den jeweiligen Vorsitzenden der Rundfunk- und Verwaltungsräte der neun Landesrundfunkanstalten sowie der Deutschen Welle. Als ständige Gäste nehmen die Vorsitzenden des ARD- und des ARTE D-Programmbeirats sowie des Hörfunkrats von Deutschlandradio an den Sitzungen der GVK teil. Derzeitiger Vorsitzender der GVK ist Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender des WDR-Rundfunkrats.